Ratsfraktion BfB dieBasis

Ratsfraktion BfB/dieBasis
Fürsthof 4
24534 Neumünster
Telefon: 0175/727 99 59
Mail: andreas.gaertner@bfbsh.de

Neumünster, 26.09.2025

Pressemitteilung

Weiter so oder Umsteuern?

Nach Einschätzung der Fraktion Bündnis für Bürger (BfB) / dieBasis steht die Finanzlage der Stadt Neumünster vor einem Scheideweg - ungebremst in die Schuldenspirale oder ein schmerzhaftes Umsteuern.

Von 2020 bis heute:
Im Jahr 2020 lag die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Neumünster bei 1.283 Euro, in 2024 bei 1.454 Euro. In 2025 steigt dieser Wert bereits auf 2.215 Euro. Für 2026 legt die Verwaltung einen Haushaltsentwurf vor, der die Pro-Kopf-Verschuldung auf 3.240 Euro treiben würde – das würde eine mehr als Verdopplung (222,8 %) innerhalb von zwei Jahren bedeuten. Die Aussichten für die Folgejahre ohne starkes Gegensteuern wären verheerend.

Ursachen:
Diese Entwicklung resultiert aus stagnierenden Einnahmen einerseits und deutlichen steigenden Ausgaben andererseits. Anzuerkennen ist, dass die Verwaltung einen Stellenplan, der zwar etwas reduziert wurde (22 Stellenäquivalente), sowie eine umfangreiche Liste mit weiteren Vorschlägen für Einnahmeverbesserungen sowie Einsparvorschlägen vorgelegt hat.

Anhebung der Gewerbesteuer:
Die Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 410 % auf 450 % würde den Gewerbesteuersatz auf das höchste Niveau im Lande bringen (bisher nur von den Städten Kiel und Lübeck gefordert) und gleichzeitig Anreize gegen den Standort setzen.
Deshalb ist die Fraktion Bündnis für Bürger (BfB)/ dieBasis dagegen.

Vergnügungssteuer/Hundesteuer:
Die ebenfalls vorgeschlagene Erhöhung der Vergnügungssteuer würde im Verhältnis zum geplanten Defizit lediglich einen Promillebeitrag leisten können und die Anreize für das Abwandern des Glückspiels in unkontrollierte Bedingungen erhöhen, die Anhebung des Hundesteuersatzes bringt im Vergleich zum Aufwand ebenfalls zu wenig, ist damit unökonomisch und wird nicht geteilt.

Grundsteuer:
Einzig die Angleichung des Grundsteuersatzes auf das Niveau von vor der Grundsteuerreform sieht die Fraktion als gerechtfertigt an. Die Vorschläge der Verwaltung für Entlastungen beim Aufwand (6,2 Mio. Euro) trägt die Fraktion mit.

Die Fraktion Bündnis für Bürger (BfB)/ dieBasis erkennt an, dass die Verwaltung sich vor steigenden Ausgaben nur bedingt schützen kann. Dafür muss aber am Ende eine Erhöhung der Ausgabensätze um die erwartete Inflationsentwicklung (2 % wird erwartet, Vorschlag mit einer kleinen Reserve auf 2,5 %) reichen. Deshalb beantragt die Fraktion, die Ausgaben-Ansätze der Fachbereiche für 2026 global nur um 2,5 % gegenüber denen von 2025 zu erhöhen:

Fachbereich	Ansatz 2025	**Geänderter Ansatz 2026**
1 – Zentrale Verwaltung	110.376.000	**113.135.000**
2 – Schule und Kultur	19.539.100	**20.028.000**
3 – Soziales und Jugend	254.977.100	**261.352.000**
4 – Gesundheit und Sport	8.773.100	**8.992.000**
5 – Gestaltung der Umwelt	70.915.000	**72.688.000**
6 – Zentrale Finanzdienstleistungen	9.159.400	**9.388.000**

In Summe würde das eine Reduktion der Ausgaben von ca. 20 Millionen Euro ergeben.

Weiter beantragt die Fraktion, die Ansätze für Umbau der ehemaligen Lange-Schule zur VHS sowie die Anpassung urbaner Räume für den Klimawandel sowohl bei den Auszahlungen als auch den Verpflichtungsermächtigungen auf null zu setzen. Das würde 4,4 Mio. Euro weniger bei den Ausgaben sowie 4,7 Mio. Euro bei den Verpflichtungsermächtigungen erbringen.

Ein weiterer Antrag der Fraktion fordert eine Reduktion des Stellenplans um 170 Vollzeitäquivalente innerhalb von drei Jahren (ausgehend vom Stand 2025) und die **Auflösung des Dezernats IV** nach Auslauf der Wahlperiode der Stellenbesetzung mit entsprechenden Stelleneinsparungen. Zudem sollen

städtische Immobilien, die derzeit nicht genutzt werden, für eigene Zwecke genutzt werden. Dadurch werden Anmietungen reduziert. Um Optionen für die Weiterentwicklung der Stadt zu erhalten, sowie für Verbesserungen bei den Ausgaben zu sorgen, soll eine oder gegebenenfalls mehrere städtische Gesellschaften für die Objekt- und Raumentwicklung, für Inhouse-Geschäfte oder auch für Leasing-Geschäfte gegründet werden.